

**Anfrage der Abgeordneten Claudia Koehler zum Plenum vom
11. Dezember 2018**

„Ich frage die Staatsregierung, ob ihr neben den in Presseberichten in Würzburg erwähnten Fällen der Anrechnung des Familiengeldes auf Leistungen der Jugendhilfe zur Erstattung von Kitagebühren weitere Fälle bekannt sind, in denen Jugendämter das Familiengeld auf Leistungen der Jugendhilfe angerechnet haben und wie in diesem Zusammenhang der Problematik einer doppelten Anrechnung des Familiengeldes auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II und auf Leistungen der Jugendhilfe begegnet werden soll?“

Antwort durch das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales:

Bei Entscheidungen zur sogenannten wirtschaftlichen Jugendhilfe gem. § 90 SGB VIII handeln die Kommunen im eigenen Wirkungskreis. Eine Übersicht zur Handhabung aller Jugendämter liegt dem Staatsministerium nicht vor, eine aktuelle Problemanzeige vergleichbar Würzburg besteht nicht.

Das Staatsministerium ist bereits frühzeitig auf den Bayerischen Städtetag und den Bayerischen Landkreistag zugegangen und hat die Rechtsauffassung der Staatsregierung zur Nichtberücksichtigung des Familiengelds im Kontext des § 90 SGB VIII deutlich gemacht. Zusätzlich wurde mit Schreiben von Anfang September 2018 unter anderem darauf hingewiesen, dass eine Doppelberücksichtigung bei Bezug von SGB II-Leistungen faktisch ausscheidet. Denn der Einsatz des Familiengeldes kann nicht zugleich für den Lebensunterhalt und für den Kita-Beitrag verlangt werden. Sowohl der Sozialausschuss des Städtetags als auch des

Landkreistags haben sich zwischenzeitlich in ihren Beschlüssen zum Familiengeld ebenso gegen eine Doppelberücksichtigung ausgesprochen.

Zur nochmaligen Darstellung der Rechtsauffassung der Staatsregierung ist ein Schreiben des Staatsministeriums an die Jugendamtsleitungen der kreisfreien Städte und Landkreise vorgesehen.